

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.448.198

Wien, 4.7.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 15298/J des Abgeordneten Wurm betreffend Zahlung von Milliarden an „Stornogebühren“ an Pfizer** wie folgt:

Fragen 1 bis 6:

- *Können Sie als zuständiger österreichischer Gesundheitsminister bestätigen, dass die Europäische Union (EU) und damit anteilmäßig auch der EU-Mitgliedsstaat Österreich eine „Stornogebühr“ für 220 Millionen „zu viel bestellte“ Covid-19-Impfdosen an den Pharmakonzern Pfizer bezahlen muss?*
 - a. *Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage wird diese Gebühr fällig?*
- *Sind Sie als zuständiger Gesundheitsminister aktuell in der Lage, dem österreichischen Parlament und damit auch der österreichischen Bevölkerung die Vertragsgrundlagen der EU mit dem Pharmakonzern Pfizer im Zusammenhang mit dieser „Stornogebühr“ offenzulegen?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Können Sie als zuständiger österreichischer Gesundheitsminister bestätigen, dass die Europäische Union (EU) und damit anteilmäßig auch der EU-Mitgliedsstaat Österreich „im Gegenzug eine als umwidmende Nachverhandlung getarnte Neubestellung*

von mehr als 280 Millionen Impfdosen" beim Pharmakonzern Pfizer vorgenommen hat bzw. vornehmen wird?

a. Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt diese Bestellung?

- *Sind Sie als zuständiger Gesundheitsminister aktuell in der Lage, dem österreichischen Parlament und damit auch der österreichischen Bevölkerung die Vertragsgrundlagen der EU mit dem Pharmakonzern Pfizer im Zusammenhang mit dieser „Neubestellung" offenzulegen?*

a. Wenn nein, warum nicht?

- *Sind Sie als zuständiger Gesundheitsminister aktuell in der Lage, dem österreichischen Parlament und damit auch der österreichischen Bevölkerung offenzulegen, ob die „Stornogebühr" tatsächlich 2,2 Milliarden Euro beträgt?*

a. Wenn nein, warum nicht?

- *Sind Sie als zuständiger Gesundheitsminister aktuell in der Lage, dem österreichischen Parlament und damit auch der österreichischen Bevölkerung offenzulegen, ob die „Neubestellung" tatsächlich 5,6 Milliarden Euro kostet?*

a. Wenn nein, warum nicht?

Richtig ist, dass Österreich seine aufgrund der abgeschlossenen EU-Vertragsverhandlungen mit BioNTech/Pfizer bestehenden Abnahmeverpflichtungen von circa 9 auf 4,1 Millionen Dosen reduzieren konnte, wodurch von einer Einsparung im hohen zweistelligen Millionenbereich ausgegangen werden kann.

Es ist festzuhalten, dass es eben zu keiner Neubestellung von zusätzlichen Dosen gekommen ist, sondern im Gegenteil, die Menge verpflichtend zu bestellender Dosen deutlich reduziert wurde.

Da der Inhalt der Verträge der Vertraulichkeit unterliegt, zu der sich auch Österreich als Vertragspartner verpflichtet hat, können Fragen zu konkreten Vertragsinhalten und finanziellen Details nicht beantwortet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

